

Beschluss

## **Energiewende retten, Verkehrswende einleiten**

Die internationale Staatengemeinschaft hat in Paris vereinbart, der Klimakrise entgegenzutreten und die Erhitzung der Erde auf deutlich unter 2 Grad Celsius zu begrenzen, möglichst auf 1,5 Grad. Das ist ein großer Schritt in Richtung grüne Zukunft. Denn das Klimaabkommen leitet das Ende des fossilen Zeitalters ein.

Schon jetzt boomen Wind- und Sonnenenergie, setzen Städte weltweit auf umweltfreundliche Mobilität und werden Alternativen zu Verbrennungsmotoren und fossilen Kraftwerken eingesetzt. Das Klimaabkommen beflügelt diese Entwicklung. Abwarten und Taktieren war gestern – jetzt fängt globaler Klimaschutz erst richtig an.

Für Deutschland und die Europäische Union bieten sich riesige Chancen. Wenn wir intelligendere Technologien nutzen, neue Produkte entwickeln und unsere Lebensweise so anpassen, dass wir die Atmosphäre nicht länger aufheizen, werden wir wieder zum Vorreiter und Wegbereiter für die ökologische Modernisierung.

Deutschland ist das Land der Energiewende – und muss es bleiben. Wir GRÜNE machen mit kluger Energiepolitik Zukunft. Wir haben den Ausstieg aus der Atomkraft und den Einstieg in die Erneuerbaren Energien durchgesetzt. Ein Drittel unseres Stroms stammt heute aus erneuerbaren Quellen. Das ist ein Riesenerfolg.

Die grüne Energie-Revolution darf nicht auf halber Strecke stehen bleiben. Doch genau das droht. Von der EU-Kommission wird nach Paris wieder verstärkt auf Atomkraft gesetzt. Sie unterstützt Länder, die Atomkraft ausbauen oder in die Atomkraft einsteigen wollen. Dabei macht es keinen Sinn, das Risiko der Klimazerstörung und das Risiko der Atomkraft gegeneinander auszuspielen.

Die Bundesregierung und die Interessenvertreter des fossilen Systems bremsen wo sie können. Sie verweigern den Kohleausstieg, lähmen den Ökostromausbau und stoppen die Bürgerenergien. Im Verkehrsbereich halten sie die Energiewende auf und verschleppen den Ausbau der Elektromobilität und die Stärkung des Umweltverbunds aus Bahn, ÖPNV, Fuß- und Radverkehr. Eine Verkehrswende ist – mit der aktuellen Bundesregierung – nicht in Sicht. So verlieren wir den Anschluss an die Klimaweltspitze.

Wir setzen dem einen klaren grünen Kurs entgegen: Wir wollen uns von der Kohle verabschieden, die Abhängigkeit von Erdöl überwinden und den Weg frei machen für die vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien. Wenn die Staatengemeinschaft wie international vereinbart vollständig aus der Verbrennung von Kohle, Öl und Gas aussteigen soll, muss Deutschland als Industrieland jetzt durchstarten.

Heute müssen die Weichen gestellt werden, damit unsere Kinder eine lebenswerte Umwelt haben und Arbeit in einer zukunftsfähigen Industriegesellschaft finden. Zaudern und Zuwar-

ten schadet. Entscheidend ist, was wir in den nächsten Jahren konkret beim Klimaschutz umsetzen. Denn um den rapide fortschreitenden Klimawandel abzubremsen und unsere Lebensgrundlagen zu erhalten, sind gewaltige Anstrengungen erforderlich. Daran muss sich die Politik messen.

Wir Grüne wollen die Energiewende in den Sektoren Strom und auch Wärme beschleunigen und die Verkehrswende einleiten. Ohne Verkehrswende wird die Energiewende nicht gelingen und ohne Energiewende wird es keine Verkehrswende geben. Die Sektoren müssen zusammengebracht und gedacht werden, um der Klimakrise zu begegnen.

### **Energiewende retten**

Die Energiewende wurde und wird vom Ausbau Erneuerbarer Energien getrieben. Wir wollen den Ökostromausbau wieder anfachen, denn Ökostrom ist neben Energieeffizienz in allen Sektoren die Basis der Energiewende. Dazu braucht es nach der Bundestagswahl 2017 ein neues Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das Klimaschutz und Energiewende ernst nimmt. Die Deckel und Obergrenzen für Windstrom, Solarstrom und Biomasse werden wir aufheben. Stattdessen wollen wir jährliche Mindestausbauziele auf zunächst 5 GW Wind onshore und 5 GW Photovoltaik einführen und das Ausbautempo der Erneuerbaren sukzessive weiter beschleunigen mit dem Ziel von 100% Ökostrom 2030.

Dabei wollen wir die Bürgerenergien wieder in den Mittelpunkt der Energiewende stellen. Nicht große Energiekonzerne, sondern Bürgerwindparks und Energiegenossenschaften, private Hausbesitzer\*innen, Landwirt\*innen und auch viele Stadtwerke haben den Ausbau der Erneuerbaren Energien dezentral vorangetrieben. Der Erfolg ist überwältigend: Als einziges Land hat Deutschland eine weitgehend von Bürgerhand getragene Ökostromerzeugung aufgebaut. Wir wollen die Akzeptanz für den Ausbau der Windenergie weiter erhöhen. Wir wissen, dass die Menschen die Energiewende mehrheitlich wollen. Aber vielerorts hat es Fehlentwicklungen beim Ausbau der Windenergie gegeben. Wir wollen daher regionale Planungs-, Betreibungs-, und Repoweringkonzepte zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern erstellen.

Uns ist dabei bewusst, dass die beschleunigte Energiewende auch auf Widerstände und Grenzen stoßen wird. Der Schutz von Natur, Landschaft und Mensch sind uns ebenfalls wichtige Belange. Dies schränkt die theoretisch bestehenden Möglichkeiten der Gewinnung von Strom aus Wind, Sonne, Wasser und Biomasse teilweise stark ein. Ohne den Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland zu vernachlässigen, müssen wir deshalb auch die Erneuerbare-Energie-Zusammenarbeit in ganz Europa und den benachbarten Regionen forcieren. Dazu bedarf es übernationaler Förderprogramme und Einspeiseregulungen für erneuerbare Energien, Ausbau von Speichern und transnationale Stromnetze.

Doch Ökostrom und mittelfristiger Kohleausstieg sind nicht die einzigen Schritte, die akut zu gehen sind, um die Klimaziele noch zu erreichen. CO<sub>2</sub> zu emittieren muss so schnell wie möglich teurer werden, und damit unattraktiver. CO<sub>2</sub>-neutral oder -reduziert zu wirtschaften hingegen, muss so schnell wie möglich attraktiver werden. Das würde auch die Nutzung erneuerbarer Energien beflügeln. Viele Unternehmen wünschen sich eine klare Regelung eines CO<sub>2</sub>-Preises, der wirksamer ist als im derzeitigen europäischen System, um im fairen Wettbewerb grüne Technologien und Lösungen auf den Markt zu bringen und/oder zu skalieren – und der außerdem klimafreundliche Produktion begünstigen würde.

Wir GRÜNEN setzen uns im Rahmen unserer Forderungen für die Energiewende daher auch für eine ökologische Finanzreform ein, die den Abbau von klimaschädlichen Subventionen und einen verlässlichen und wirksamen CO<sub>2</sub>-Preis für alle Marktteilnehmerinnen und -teilnehmer beinhaltet. Wir haben dabei im Blick, dass sich die Energiekosten für Mieterinnen

und Mieter erhöhen können und wollen durch geeignete Maßnahmen Mehrbelastungen finanziell schwacher Haushalte ausgleichen.

Außerdem wollen wir uns für eine Verbesserung der EU-Leitlinien einsetzen. Solange die Leitlinien in der derzeitigen Fassung gelten, wollen wir die dort definierten Ausnahmen voll ausschöpfen und Bürgerenergieprojekte von der neuen, bürokratischen Pflicht zur Ausschreibung bei EEG-Vorhaben befreien, die sie gegenüber Energiekonzernen benachteiligt. Eine dezentrale Energieerzeugung verringert den Bedarf für überregionale Stromtrassen. Zwangsweise europaweite Ausschreibung für EEG-Strom lehnen wir ab.

### **Ökostrom soll allen nützen**

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz hat Strom aus Wind und Sonne preiswert gemacht. Davon sollen die Menschen im Land jetzt endlich profitieren. Wir wollen, dass jede und jeder der möchte, Öko-Strom und -Wärme erzeugen und nutzen kann, etwa indem Ökostrom vom Dach direkt und unbürokratisch an die Mieterinnen und Mieter verkauft werden kann oder Haushalte und Unternehmen animiert werden, ihren Energiebedarf selbst zu erzeugen. Außerdem wollen wir es innovativen Energieversorgern ermöglichen, EEG-Strom direkt an Verbraucherinnen und Verbraucher zu vermarkten, beispielsweise im Rahmen eines Grünstrommarktmodells.

Wir haben Vertrauen in das Engagement der Bürgerinnen und Bürger sowie das Knowhow und die Innovationskraft der Energiewirtschaft. Wir werben dafür, dass Bürgerenergie und moderne Energieunternehmen Hand in Hand arbeiten. Denn es wird höchste Zeit, dass alle Stromkundinnen und -kunden die Früchte dieser Investitionen ernten können. Für eine gerechtere Kostenverteilung wollen wir die überbordenden Industriausnahmen abbauen. Sie sollen nur für tatsächlich im internationalen Wettbewerb stehende Unternehmen gewährt und auf den energieintensiven Prozess begrenzt werden.

Jede Kilowattstunde Ökostrom, die nicht über die EEG-Umlage bezahlt sondern direkt an Verbraucherinnen und Verbrauchern verkauft wird, senkt die EEG-Kosten. Wir folgen diesem Grundsatz und wollen die Bremsen für Mieter- und Eigenstrom aus Erneuerbaren und effizienten KWK-Anlagen lösen. Lokal verbrauchte oder in der Nachbarschaft vermarktete, emissionsarme Stromerzeugung wollen wir von bürokratischen Hürden und von der EEG-Umlage befreien. Das gilt auch für die Ladesäuleninfrastruktur für Elektroautos.

Um die lokale Versorgung zu stärken und unsere Energieversorgung für den weiteren Zuwachs der Erneuerbaren fit zu machen, wollen wir auch Quartierspeicher von der EEG-Umlage befreien. So fördern wir diese Zukunftstechnologie und reduzieren die Kosten des Netzausbaus. Privaten Betreiberinnen und Betreiber von Kleinanlagen wollen wir eine Wahlmöglichkeit einräumen: bei Verzicht auf eine Einspeisevergütung werden sie von allen Anmeldepflichten befreit.

### **Kohleausstieg besiegeln**

Kohle hat keine Zukunft! Alles andere ist Augenwischerei und gaukelt den betroffenen Regionen und den Menschen, die dort von oder mit der Kohle leben, etwas vor. Wir GRÜNE kämpfen für einen schrittweisen Kohleausstieg, den wir sozial und ökonomisch verträglich gestalten wollen. Die betroffenen Kohleregionen wollen wir beim Wandel zu neuen zukunftsfesten Arbeitsplätzen kräftig unterstützen.

Nach dem Ausstieg aus der Atomkraft ist der Ausstieg aus der Kohle der nächste Meilenstein für die Umstellung auf eine lebensfreundliche Energieversorgung der Zukunft. Wir streben an, in der kommenden Legislaturperiode das Ende des Kohlezeitalters in Deutschland unum-

kehrbar und planungssicher einzuleiten. Das wird gelingen, wenn Politik und Gesellschaft den Diskurs um den Kohleausstieg offensiv führen.

Das Scheitern des Klimaschutzplans auf den letzten Metern vor der Weltklimakonferenz in Marrakesch ist für die Bundesregierung eine Riesenblamage auf dem internationalen Klimaparkett. Bundeskanzlerin Merkel trägt die Verantwortung, dass sie zwischen Bremsern des Bundeskabinetts und denen in der CDU/CSU und SPD keine Einigung erzielen konnte. Bei dieser Bundesregierung ist Klimaschutz der Verlierer und Kohlekraft der Gewinner. Nicht zuletzt durch den Ausgang der US-Wahl, den ein bekennender Klimawandel-Leugner gewonnen hat, muss Deutschland endlich wieder Vorreiter beim Klimaschutz werden. Nur so bringen wir Klimaschutz und die ökologische Modernisierung und Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft in Einklang. Wir Grüne müssen unsere volle Energie dafür einsetzen, dass der Kohleausstieg jetzt eingeleitet wird. Ansonsten werden wir das deutsche Klimaschutzziel 2020 krachend verfehlen und beim Pariser Klimaabkommen vertragsbrüchig. Es braucht einen Kohleausstiegsplan und es darf weder neue Tagebaue, Tagebauerweiterungen noch neue Kohlekraftwerke geben. Unser Ziel ist es, bis 2025 aus der Kohlenutzung auszusteigen. Dazu wollen wir ambitionierte Obergrenzen für den CO<sub>2</sub>-Jahresausstoß von fossilen Kraftwerken festlegen. Richtwert ist dabei die CO<sub>2</sub>-Emission eines modernen Gas-Kraftwerks. Besonders dreckige Altmeiler müssen sofort vom Netz, neuere Kraftwerke werden Schritt für Schritt abgeschaltet.

Wir Grüne setzen uns mit Nachdruck für eine Modernisierung des Bergrechts ein. Ziel ist die Priorisierung von Klima, Umwelt, Natur vor dem Schutz von Privatgewinnen aus Ausbeutungslicenzen und der sogenannten „Sicherstellung von Rohstoffen“. Außerdem wollen wir Finanzanlagen aus Kohle, Öl und Gas abziehen und in klimafreundliche Bereiche investieren. Diesen Ansatz verfolgt die weltweite Divestment-Bewegung, die wir von Europa bis zu den Kommunen auf allen Ebenen unterstützen. Wir wollen, dass die öffentliche Hand nur noch bei solchen Unternehmen als Geldgeber auftritt, die ihren Profit nicht auf Kosten des Klimas erwirtschaften.

### **Ökostrom für Wärme und Verkehr nutzen**

Strom, Wärme und Verkehr werden immer stärker zusammenwachsen. In Zukunft wird es immer häufiger vorkommen, dass in manchen Regionen mehr sauberer Strom erzeugt wird als verbraucht oder transportiert werden kann. Es ist ein Gebot der ökonomischen Vernunft, Ökostrom immer einer sinnvollen Nutzung zuzuführen, statt Windräder wegen Netzengpässen abzuschalten. Dafür bedarf es nicht einmal hoher Investitionen, sondern nur der Befreiung von technischen Beschränkungen oder steuerlicher Benachteiligungen. Das entlastet die Stromkundinnen und -kunden, nutzt der Wirtschaft und wirkt als Beschleuniger für neue Technologien. Die Grenzen zwischen Strom-, Verkehrs- und Wärmesektor wollen wir beseitigen, um erneuerbaren Strom überall nutzbar zu machen.

Im Wärmesektor wird Ökostrom immer wichtiger für den Klimaschutz. Denn für einen klimaneutralen Gebäudebestand brauchen wir sowohl zukunftsfähige Heizsysteme als auch bessere Wärmedämmung. Die Wärmeversorgung muss sozialverträglich modernisiert werden – mit leistungsfähigen Nahwärmenetzen und der dezentralen Nutzung von erneuerbaren Energien und Abwärme. Ganze Stadtviertel sollen gemeinsam ihre Wärmezukunft gestalten. Dafür wollen wir gezielt Fördermittel bereitstellen. Ökostrom wird dabei eine wachsende Rolle als günstige Wärmequelle spielen, sei es als von Windstrom produziertem Wasserstoff oder Methan im herkömmlichen Erdgasnetz, über Wärmepumpen oder als Wärme gespeicherter Strom.

Folgt man den Szenarien verschiedener Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, müsste die Wärmeversorgung bis 2035 vollständig auf erneuerbare Quellen umgestellt werden. Die

Energiewende im Wärmesektor wurde von der Bundesregierung bis heute verschleppt. Deshalb sind jetzt umso größere Anstrengungen nötig, um den Wärmesektor zu dekarbonisieren. Dazu sind der Passivhausstandard im Neubau sowie eine Sanierungsrate von deutlich über 3 % im Bestand erforderlich – ambitionierte Ziele, die wir nur mit einem Bündel von Maßnahmen, wie steuerliche Anreize und baurechtliche Vorgaben, erreichen können. Auch wollen wir bis 2020 sicherstellen, dass keine Heizöl- oder Kohleheizungen mehr installiert werden. Technologisch können Gasheizungen auch in einer erneuerbaren Wärmewelt noch eine Rolle spielen, wenn sie mit Biogas oder Methan, das aus erneuerbarem Strom erzeugt wurde, betrieben werden.

In der Zukunft fahren wir elektrisch, mit grünem Strom und strombasierten Kraftstoffen. Ob wir uns im eigenen Elektroauto fortbewegen oder im gemeinsam genutzten, im Elektrobus, per Pedelec oder auf dem E-Bike – stinkende Motoren, die Benzin oder Diesel verbrennen, werden zum Auslaufmodell. Auch die Bahn fährt selbstverständlich mit 100% Ökostrom. So sorgen wir für ein gutes Klima, gesunde Luft und weniger Lärm. Eine intelligente Vernetzung macht das Umsteigen bequemer und erspart uns überflüssige Fahrten. Auf diesem Weg wollen wir alle mitnehmen: Bürger\*innen, Verkehrsbetriebe und auch die Autoindustrie.

### **Verkehrswende einleiten – nachhaltige Mobilität auf den Weg bringen**

Der Verkehr fährt seit Jahren bei Klimaschutz und Energiewende hinterher. Seine klimaschädlichen Emissionen sind in Deutschland heute höher als vor zehn Jahren. Auf der Straße ist der Güterverkehr seit dem Jahr 2000 um rund 31 Prozent gestiegen und macht jede Effizienzsteigerung zunichte. Das gilt auch für den Flugverkehr. Allein das verdeutlicht eine massive Fehlentwicklung und politische Versäumnisse in unserem Land. Kanzlerin Merkel und ihr Verkehrsminister Dobrindt sind mitverantwortlich für den klimapolitischen Stillstand im Verkehr.

Wer die Energiewende will, muss auch die Verkehrspolitik grundlegend erneuern. Weiter nur dem Wachstum von Auto- und Lkw-Verkehr hinterher zu bauen, hat keine Zukunft. Doch genau das ist der Plan der Bundesregierung mit ihrem Bundesverkehrswegeplan, der die Betonpolitik der letzten Jahrzehnte fortsetzt. Wir müssen Investitionen umlenken, von Neubau in den Erhalt, von sinnlosen Prestigeprojekten zum Ausbau von Engpässen und Knoten, von der Förderung umweltschädlicher Verkehre in den Ausbau klimafreundlicher Mobilität. Wir brauchen einen Richtungswechsel – wir GRÜNE machen mobil für die Verkehrswende.

Bezahlbare Mobilität für alle ist unser Ziel. Wir meinen, Mobilität ist ein Teil der Daseinsvorsorge, jeder und jede sollte auch ohne eigenes Auto in der Stadt wie auf dem Land mobil sein können. Städte wie Kopenhagen, Oslo oder Helsinki sind für uns Vorbilder wie man Innenstädte vom Autoverkehr entlasten kann und die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger verbessert, so dass sie ohne Lärm und Abgase schneller, sicherer und bequemer von A nach B kommen. Im ländlichen Raum ist der ÖPNV oft unzureichend.

Wir wollen es Bürgerinnen und Bürgern überall im Land einfach machen, mit Bahn und ÖPNV, auf sicheren Rad- und Fußwegen und mit sauberen Autos ihre Ziele zu erreichen. Davon sind vor allem Frauen, Kinder und Jugendliche, alte Menschen, Menschen mit Behinderung und/oder Krankheit und andere sozial benachteiligte Gruppen betroffen, die seltener einen Führerschein oder ein Fahrzeug besitzen oder in der Lage sind dieses zu fahren und so häufig auf den ÖPNV angewiesen sind. Gerade mit Blick auf die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen muss dieses Hemmnis behoben werden. Viele, vor allem sozial benachteiligte, haben es derzeit jedoch zu schwer. Der Ausbau des ÖPNV ist daher auch sozialpolitisches Ziel.

Wenn Mobilität kein Privileg bleiben darf, brauchen wir eine grüne Verkehrswende. Dazu gehört, Verkehrsangebote intelligent zu vernetzen, Elektromobilität und anderen alternativen Antrieben Vorfahrt zu geben und aus dem Verbrennungsmotor auszusteigen. Weil Veränderungen auf Widerstände treffen, sind hier Mut zur Zukunft und ein langer Atem notwendig. Deshalb müssen wir jetzt aufbrechen und den politischen Rahmen setzen für die Zukunft der Verkehrswirtschaft.

## **Verbrennungsmotor abschalten, Chancen für die Mobilitätsindustrie schaffen**

Mit dem Festhalten am Verbrennungsmotor hat sich die deutsche Autoindustrie in eine Sackgasse manövriert. Immer mehr Autos weltweit sind eine der größten Bedrohungen für das Klima und für die menschliche Gesundheit. Der Dieselgate-Skandal ist ein Weckruf: Wer sich über Gesetze hinwegsetzt, Verbraucherinnen und Verbraucher täuscht und statt innovativer Antriebe illegale Techniken einbaut, muss einen grundlegenden Neustart hinlegen. Die Automobilwirtschaft hat nur dann eine Zukunft, wenn sie Fahrzeuge entwickelt, die sauber und leise sind und kein CO<sub>2</sub> mehr verursachen. Sie muss neue Geschäftsmodelle entwickeln und sich mehr als Mobilitätsdienstleister verstehen. In der Vergangenheit wurden unsere Entwicklungen und Innovationen mehrfach von anderen aufgegriffen und vermarktet. Mit Blick auf die Entwicklung der E-Auto-Produktion droht eine Wiederholung. Ein „Weiter so“ führt demnach unweigerlich zum Verlust von Arbeitsplätzen.

Wir GRÜNE wollen, dass Deutschland vorangeht und das Jahr 2030 als Zeitpunkt definiert, ab dem kein Auto mit fossil betriebenen Verbrennungsmotor mehr neu zugelassen wird. Daher darf die Automobilindustrie dann nur noch emissionsfreie Autos auf den Markt bringen. Bis dahin sind die steuerlichen, fiskalischen und infrastrukturellen Voraussetzungen für eine emissionsfreie Mobilität zu schaffen. Für die Besitzerinnen und Besitzer bestehender Diesel- oder Benzinfahrzeuge wird sich dadurch nichts ändern.

Wir begrüßen, dass sich der Bundesrat im September 2016 mit seinem Beschluss parteiübergreifend zum Ziel bekannt hat, ab 2030 nur noch emissionsfreie Autos neu zuzulassen. Die Automobilkonzerne haben nur dann eine Zukunft, wenn sie sich zu Mobilitätskonzernen entwickeln – wie das Edzard Reuter schon vor 25 Jahren bei Daimler Benz erkannt hatte. So stärken wir alle, die an der Zukunft der emissionsfreien und nachhaltigen Mobilität mitwirken wollen, indem wir ihnen durch klare Ziele Planungssicherheit verschaffen.

Für uns ist klar: Nicht nur die Klimakrise, auch der internationale Wettbewerb mahnt zur Eile. Von Norwegen über die Niederlande bis Österreich werden in Europa gesetzliche Auslaufdaten für Verbrennungsmotoren diskutiert. In Norwegen haben Elektroautos schon einen Marktanteil von 23%, in Deutschland sind es weniger als ein Prozent. Und bei der Herstellung von Elektromobilen haben Autobauer aus China, Japan und den USA großen Vorsprung. Deshalb wollen wir den Anteil der Autos mit Verbrennungsmotor auf den Straßen schon vor 2030 so weit wie möglich reduzieren und damit die ökologische Modernisierung vorantreiben.

Hier versagt die Bundesregierung auf ganzer Linie. Sie hat die Vorgaben für emissionsarme Mobilität stets aufgeschoben und aufgeweicht. Und die beschlossene Kaufprämie für Elektroautos ist weder sozial gerecht noch hat sie eine ökologische Lenkungswirkung. Und die beschlossene Kaufprämie für Elektroautos kann nicht wirken, solange die Steuer- und Ordnungspolitik noch immer schwere Verbrennungslimousinen begünstigt. Wir GRÜNE wollen deshalb die Kfz-Steuer mit einem Bonus-Malus-System konsequent an Verbrauch und CO<sub>2</sub>-Grenzwerten ausrichten. Ökologisch schädliche Subventionen, etwa für Dieselkraftstoff, wollen wir schrittweise abbauen und die Dienstwagenbesteuerung technologie-neutral, ökologisch und sozial gerechter gestalten. Ladesäulen für Elektromobile wollen wir flächendeckend ausbauen – und dafür sorgen, dass sie bequem mit einer einzigen Karte oder App ge-

nutzt werden können. Außerdem braucht es für die Batterien die Entwicklung von Second-Life- und Recyclingkonzepten, so dass die ökologischen Auswirkungen möglichst gering gehalten werden können.

Wir fordern darüber hinaus vollelektrische Leichtfahrzeuge, elektrische Lastenräder, Motorroller und Motorräder in die Förderung aufzunehmen, denn Elektromobilitätspolitik darf nicht nur auf den Bereich der PKW konzentriert werden. Wir brauchen ebenfalls ambitionierte Ziele für den Einsatz von vollelektrischen Bussen. Die Automobilhersteller fordern wir auf, kurzfristig ihr Modellangebot an vollelektrischen Fahrzeugen und deren Lieferfähigkeit zu verbessern. In der Forschungs- und Investitionsförderung sollen neue Schwerpunkte gesetzt werden. Dazu gehören die Entwicklung von Elektroautos mit einem niedrigen Anschaffungspreis in einem Verbund europäischer Fahrzeughersteller sowie der Aufbau einer global wettbewerbsfähigen Batteriezellfertigung in der EU.

Beim Dieselgate-Skandal hat sich gezeigt, dass die betrügerische Umgehung des Emissionsschutzes durch Volkswagen und andere Autokonzerne über viele Jahre praktiziert wurde. Hier sind wirkungsvollere Kontrollen und gerechte Strafen notwendig, denn es geht um Wettbewerbsvorteile einiger auf Kosten der Gesundheit aller. Eine Reduktion von Feinstaub und anderen Emissionen ist dringend nötig und muss auch mit den Mitteln des Rechtsstaats durchgesetzt werden. Nicht zuletzt die EU-Luftreinhalt Richtlinie verpflichtet den Gesetzgeber, das Recht auf saubere Luft umzusetzen. Bislang werden die Emissionsgrenzen vielerorts nicht eingehalten. Wir setzen den Schwerpunkt auf strenge Vorgaben für die Produktion, um übermäßige Einschränkungen beim Gebrauch - etwa durch Fahrverbote - möglichst zu vermeiden. Gleichzeitig wollen wir Kommunen unterstützen, in besonders stark betroffenen Gebieten strengere Auflagen zu erteilen, beispielsweise durch Umweltplaketten.

Um auch den ÖPNV und den städtischen Verkehr insgesamt auf emissionsarme Alternativen umzustellen, werden wir Elektrobusse, E-Taxis und elektrische Nutzfahrzeuge für die städtische Logistik mit Förderprogrammen unterstützen. Ein Baustein kann die Förderung von Oberleitungssystemen oder anderen Formen von stromführenden Fahrleitungen sein. Die öffentliche Hand wollen wir weiter bestärken, vorzugsweise E-Autos, Pedelecs und elektrisch betriebene Lastenräder in ihre Flotten zu integrieren. Wir halten elektrobetriebene Motorroller bzw. Motorräder mit einer Höchstgeschwindigkeit von 80 km/h für eine weitere gute Alternative. Diese Fahrzeuge werden von der Steuer freigestellt.

### **Mobilität intelligent vernetzen**

Das Auto ist für viele Menschen und in vielen Teilen Deutschlands ein wichtiges Verkehrsmittel, aber das Rückgrat der Verkehrswende ist der öffentliche Nah- und Fernverkehr sowie der Güterverkehr auf der Schiene. Moderne Verkehrspolitik spielt Auto und öffentlichen Verkehr nicht gegeneinander aus. Wir überwinden die alte Trennung zwischen öffentlichem und Individualverkehr und vernetzen alle Bewegungsarten.

Damit der Autoverkehr reduziert und umweltverträglicher wird, wollen wir das Auto in ein modernes Mobilitätssystem einbinden. Dazu gehört neben Carsharing und Leihradsystemen auch, das überholte Regelwerk für den Öffentlichen Verkehr zu entrümpeln, etwa indem wir das Mitfahren bei anderen vereinfachen. Gerade wo klassischer ÖPNV ausgedünnt ist, schafft das neue Chancen für mehr Mobilität ohne eigenes Auto.

### **Eine Offensive für die Bahn**

Der Schienenverkehr ist und bleibt das Rückgrat eines modernen Mobilitätssystems. Wo Züge pünktlich und zuverlässig fahren, wo Bahnhöfe mit Solarenergie der Bahnsteigüberdachungen betrieben werden, barrierefrei und sauber sind und wo Menschen mit einem Ticket oder Abo überall nahtlos Anschlüsse finden, dort ist Bahnfahren erste Wahl.

Deswegen ist es ein Skandal, dass die Bundesregierung über Jahre den Verfall der Schieneninfrastruktur zugelassen hat und dabei zusieht, wie die Deutsche Bahn AG zu einem Sanierungsfall wird. Bahnfahren ist in Deutschland noch immer zu kompliziert – und oftmals geradezu abenteuerlich. Seit Jahren vernachlässigt die Bundesregierung die Schienenverkehrspolitik, zementiert veraltete Strukturen und investiert zu wenig Mittel in die Schiene. Wichtige Maßnahmen wie der Ausbau von Bahnknoten, umfassender Lärmschutz, die Beseitigung von Engpässen für den Personen- und Güterverkehr oder die Elektrifizierung von Strecken haben keine Priorität. Im neuen Bundesverkehrswegeplan von Herrn Dobrindt werden viele Vorhaben des Schienenverkehrs gar nicht erst berücksichtigt. Die Bahnpolitik muss in Deutschland auf das richtige Gleis gehoben werden. Wir wollen, dass vor allem der „Deutschland-Takt“, der Aufbau regelmäßiger Verbindungen im Fernverkehr und die optimale Verknüpfung der Fernzüge mit Regional- und Nahverkehren zur Priorität werden. Wir setzen uns dafür ein, die Nachtzüge zu erhalten.

Für die Modernisierung des ÖPNV wollen wir dazu ein "Zukunftsprogramm Nahverkehr" auflegen und mit jährlich 1 Mrd. Euro ausstatten. Der ÖPNV ist Teil der Daseinsvorsorge und sollte weitestgehend in öffentlicher Hand bleiben. Zum Schutz der eigenen kommunalen Verkehrsunternehmen setzen wir uns unter anderem dafür ein, dass der im Personenbeförderungsgesetz im Rahmen von geplanten Direktvergaben festgeschriebene Vorrang der Eigenwirtschaftlichkeit gestrichen wird bzw. eine Entscheidung nicht ohne Beteiligung der kommunalpolitischen Vertretungen gefasst werden darf. Mit einer Grünen Mobilitätskarte wollen wir öffentliche Mobilitätsangebote unkompliziert nutzbar machen – deutschlandweit, in allen Verkehrsmitteln und Verkehrsunternehmen, unabhängig von Tarif- und administrativen Grenzen.

Den Bahnverkehr müssen wir zudem noch stärker europäisch und grenzübergreifend gestalten: ein leistungsfähiges europäisches Hochgeschwindigkeits- und Nachtzugnetz ist wichtiger Bestandteil für eine nachhaltige Mobilität von morgen. Und auch bei der Bahn müssen wir langfristig weg vom Diesel, das heißt wir müssen auch bei der Bahn Diesel durch emissionsfreie Antriebe ersetzen.

Ein wichtiger Baustein für den Klimaschutz ist die Verlagerung des Güterverkehrs und des Flugverkehrs auf die Schiene. Dazu wollen wir die Lkw-Maut auf das gesamte Straßennetz und auf alle Lkw-Klassen und Fernreisebusse ausweiten. Kerosin und internationale Flugtickets müssen besteuert und die Trassenpreise deutlich gesenkt werden, damit der unfaire Wettbewerbsvorteil gegenüber der Bahn ein Ende findet. Die Einnahmen ließen sich dafür nutzen, die Schieneninfrastruktur instand zu setzen und den kombinierten Verkehr schneller auszubauen. Gleichzeitig muss alles getan werden, um den Schienengüterverkehr leiser zu machen, d.h. das Wagenmaterial umfassend zu modernisieren und flankierenden Lärmschutz zu installieren.

Wenn wir die Verkehrswende schaffen wollen, ist jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen. Neben besserer Infrastruktur braucht der Bahnverkehr in Deutschland auch neue Strukturen und mehr Wettbewerb: eine Bahnreform 2.0. Sie muss vor allem die Interessen der Fahrgäste in den Mittelpunkt rücken und für einfach verständliche und bezahlbare Preise im Bahnfernverkehr sorgen.

## **Radverkehr ausbauen**

Immer mehr Menschen nutzen das Rad, weil es schnell, preiswert und bequem ist. Mit Pedelecs und E-Bikes sind höhere Geschwindigkeiten sowie entferntere Ziele erreichbar. Für eine grüne Verkehrswende ist das eine riesige Chance, denn das Rad ist auch Car-sharing und E-Bussen ökologisch überlegen. Radverkehr steigert die Lebensqualität - nicht nur dort, wo viele Menschen unter Abgasen und Verkehrslärm leiden. Der Radverkehr verdient deshalb konsequente Förderung, denn wir brauchen eine bessere Qualität der Radverkehrsinfra-



struktur. Der Bund muss dabei mehr Verantwortung übernehmen. Gemeinsam mit Ländern und Kommunen sollen Radschnellwege und ein bundesweites Netz von hochwertigen Radfernwegen gebaut werden. Für Radwege an Bundesstraßen und entlang der Flüsse soll zusätzlich Geld eingesetzt werden. Bei Neubau und Sanierung muss generell dafür gesorgt werden, dass möglichst breite Wege für Radfahrerinnen und Radfahrer geschaffen werden. Darüber hinaus setzen wir uns für ein vom bisherigen Straßennetz unabhängiges Radnetz ein.

Die Sicherheit der Radfahrerinnen und Radfahrer liegt uns besonders am Herzen. Es ist nicht akzeptabel, dass weiterhin so viele Radfahrer\*innen auf unseren Straßen streben. Daher muss die Radverkehrsführung insbesondere in Gefahrenbereichen wie Kreuzungen verbessert werden. Häufig werden Radfahrer\*innen wie Fußgänger\*innen durch illegal parkende Autos behindert und gefährdet. Um dies wirksam zu bekämpfen, wollen wir die Bußgelder für verkehrswidriges Parken erhöhen. Für elektrisch unterstützte Lastenräder sehen wir großes Potenzial, hier sind Kaufanreize sinnvoll angelegtes Geld. In der Straßenverkehrsordnung wollen wir fahrradfreundlichere Regeln, wie z. B. den grünen Rechtsabbiegepfeil für Radfahrerinnen und Radfahrer.

Die Verkehrswende ist ein umfassender Ansatz. Weg vom ineffizienten, massenhaften und dominanten motorisierten Individualverkehr. Hin zu moderner, nachhaltiger und vernetzter Mobilität auf der Grundlage erneuerbarer Energien. Mit Verkehrswende und Energiewende schützen wir Umwelt und Klima, sichern Lebensgrundlagen und wirtschaftlichen Erfolg für künftige Generationen. Wir sichern und wir schaffen Zukunft!